

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 025 | 27.01.2023

## „Leopard“ für die Ukraine: Steter Tropfen höhlt den Scholz Zudem: Das Thema Wahlrecht geht in die nächste Runde

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

seit Monaten bittet die von Russland angegriffene Ukraine um wirksame Unterstützung in Form von Kampfpanzern vom Typ „Leopard“. Unsere NATO-Verbündeten haben das gefordert, wir von der Union haben das gefordert, die Regierungsfractionen FDP und Grüne haben langsam die Geduld verloren. Ausländische Beobachter sprechen bei unseren Partnern von zunehmender Enttäuschung, Unverständnis und Wut.

Am Mittwoch – endlich! – hat der Kanzler seine Meinung geändert und zum einen die Lieferung von 14 deutscher „Leopard“ zugesagt, zum anderen die rasche Genehmigung der Anträge unserer NATO-Partner versprochen. Steter Tropfen höhlt also nicht nur den Stein...

Es ist im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens

gelingt. Daher ist der nächste Schritt zur Erüchtigung der Ukraine zwingend erforderlich. Die Lieferung der „Leopard“, die pragmatische Exportgenehmigungspolitik bei Alliierten sind wichtige Bausteine.

Bei Lieferungen aus Bundeswehrbeständen muss in Rücksprache mit der Industrie eine lückenlose Nachbeschaffung sichergestellt werden.



Mit seinem Zögern und Zaudern gefährdet der Bundeskanzler ein direktes strategisches Interesse Deutschland. Der außenpolitische Reputationsschaden des letzten Jahres ist enorm.

Die osteuropäischen und baltischen Alliierten zweifeln an unserer Verlässlichkeit. Die USA wurden als „Feigenblatt“ für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten.

Die Lieferung der Leopard-Kampfpanzer muss jetzt endlich entschieden und klar kommuniziert werden.

## Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken

Auch in dieser Woche beschäftigt uns das Thema Wahlrecht. Zahlreiche Zuschriften aus der letzten Woche auf den „Bericht aus Berlin Nr. 24“ haben mir sehr deutlich vor Augen geführt, wie stark dieses Projekt die Mitmenschen im Wahlkreis umtreibt. Vielen wird erst jetzt klar, was die Ampel wirklich plant!

Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. **Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet, die Listenplätze aufgewertet.**



Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar reduziert. In einem [Antrag](#), den wir am heutigen Freitag ebenfalls in erster Lesung beraten, haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert.

Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme. Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen.

Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen – so wie es in den letzten 70 Jahren guter Brauch war.

## Unsere Anträge:

In abschließender Beratung befassen wir uns mit dem von uns vorgelegten [Antrag](#)

### **Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen**

Darin betonen wir die Bedeutung der beruflichen Ausbildung als einem Standbein des starken deutschen Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die optimale und effektive Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden.

In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der 18. und 19. Legislaturperiode begonnen worden.

Meine Rede zu diesem TOP finden Sie im „Video der Woche“

Mit unserem [Antrag](#)

## **Nationale Wasserstrategie – Lösungsorientiert, nachhaltig und kooperativ umsetzen**

stellen wir die Wichtigkeit der Ressource Wasser in all ihren Facetten dar. Mit unserer Initiative machen wir deutlich, dass die Umsetzung der umfangreichen Strategie der Bundesregierung und des damit verbundenen Aktionsprogramms lösungsorientiert, nachhaltig, kooperativ und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zu erfolgen hat. Der Antrag wird noch rechtzeitig vor dem Kabinettsbeschluss in das Plenum eingebracht, um zentralistischen und ideologiegetriebenen Tendenzen des bisherigen Entwurfs der Nationalen Wasserstrategie entgegenzutreten. Gerade bei der öffentlichen Wasserversorgung müssen die regionalen Gegebenheiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips weiterhin ausschlaggebend sein – und eben nicht bundeseinheitliche Vorgaben. Unser Antrag legt die Mängel der Strategie der Bundesregierung offen und gibt der Exekutive Umsetzungsleitlinien mit auf den Weg.

## **Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen**

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, die Leistungen des Ökosystems Wald – sowohl seine CO<sub>2</sub>-Senkenleistung wie auch die Substitutionsleistungen der nachhaltigen Holznutzung – besser anzuerkennen. Darauf aufbauend soll ein Honorierungssystem entwickelt werden, mit dem Waldbesitzer eine finanzielle Anerkennung für die vielfältigen Leistungen des Waldes erhalten. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, keine weiteren Extensivierungsmaßnahmen vorzunehmen.

Sie soll sich EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der verschiedenen Strategien des Green Deals (wie Biodiversitätsstrategie bzw. EU-Waldstrategie für 2030) keine weiteren Flächen in den Wäldern stillgelegt werden, sondern für eine nachhaltige Bewirtschaftung erhalten bleiben.

## **Noch im Plenum:**

Zum **Jahreswirtschaftsbericht 2023** hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine [Regierungserklärung](#) abgegeben, darüber hinaus debattierten wir über das [Jahresgutachten 2022/23](#) des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Bericht wird die wirtschafts-, energie-, klima- und finanzpolitischen Schwerpunkte der Ampel darstellen. Zudem wird der Stand der Umsetzung in den einzelnen Schwerpunktbereichen skizziert.



Wir sehen die bisherige Leistung der Ampel in der Wirtschaftspolitik sehr kritisch. Deutschland ist inmitten einer Energiekrise, für 2023 gehen Experten von einer Rezession aus. Zu bewältigen sind kurzfristige Herausforderungen (Inflation, hohe Energiepreise, gestörte Lieferketten etc.) als auch strukturelle Herausforderungen (relativ hohe Steuer- und Abgabenlast, wenig flexible Arbeitsmärkte, überbordende Bürokratie, zögerliche Digitalisierung, Fachkräftemangel, Klimaschutz etc.). Es geht um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, um Wachstum und unseren Wohlstand.

Der [Jahreswirtschaftsbericht 2023](#) liefert kein schlüssiges Gesamtkonzept, um die Konjunktur in Deutschland wieder dauerhaft anzukurbeln. Er legt einen starken Fokus auf Fragen der Energie und des Klimaschutzes, klassische Wirtschaftspolitik ist dagegen Fehlanzeige.

Jetzt braucht es dringend neue wirtschaftspolitische Impulse für einen „Re-Start“ der Wirtschaft und einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere sollte eine De-Industrialisierung Deutschlands vermieden und Unternehmen, vor allem des Mittelstands, gezielt entlastet werden.

## Neues aus dem Büro

Gute Praktikanten sind das Salz in der Suppe eines MdB-Büros. Sie stellen neue Fragen und bringen frische Ideen mit.



Heute konnte ich meine Praktikantin **Paula** (links) nach zwei Wochen verabschieden und gleichzeitig meinen neuen Praktikanten **Ruben** (rechts) aus Backnang begrüßen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

## Bild der Woche



Jedes Jahr am 27. Januar erinnern wir im Deutschen Bundestag an den Holocaust. Je mehr Augenzeugen nicht mehr unter uns sind, desto wichtiger wird das Erinnern.

## Video der Woche



Meine Rede zur Debatte über die Zukunft der Beruflichen Bildung

[KLICK](#)

## Wort der Woche

«scholzen/scholzing“  
gute Absichten zeigen, aber alle möglichen Gründe (er-)finden, um diese Absichten nie umzusetzen.»

*(Mit dieser Wortneuschöpfung verlieh der britische Historiker – und echter Freund der Deutschen – Timothy Garton Ash dieser Tage seiner „tiefen Enttäuschung“ über Scholz' Haltung in der Panzerlieferungsdebatte Ausdruck).*

## Zitat der Woche

«Da kann ich nur sagen: Fridays for Future – nein; Montag bis Freitag for Future!»

*(Ich selbst am Donnerstag im Plenum).*